

Solidarität mit Syrien

Uns erreichen ständig neue Protestresolutionen, in denen Seminargruppen und Angehörige unserer Universität das Kesseltreiben der türkischen und amerikanischen Imperialisten gegen das syrische Volk verurteilen.

In einer Erklärung von 22 Studenten der ABF, Arbeitsgruppe SG 2, heißt es u. a.: „Die Politik einer Handvoll Erdölmafanten gefährdet die Freiheit Syriens. Die Provokationen an der Grenze Syriens können zu einem Krieg führen, der sicherlich nicht nur auf den Nahen Osten beschränkt bliebe. Den Friedensstörern muß deshalb eine verneinende Abfuhr erteilt werden.“

15 Freunde der Arbeitsgruppe CG 4 fordern von der UN mehr Initiative, um es zu keinem offenen Konflikt kommen zu lassen. Sonja Berthold und andere Studenten erklären ihre Sympathie für das um Unabhängigkeit kämpfende syrische Volk.

Die „Universitätszeitung“ wird die von hohem politischen Verantwortungsgefühl zeugenden Erklärungen an die UN weiterleiten.

Provokateur davongejagt

Wegen fortgesetzter provokatorischer Äußerungen und schamloser Hetze gegen unseren Staat wurde dem wissenschaftlichen Assistenten Kleimert durch Beschluß der Angehörigen der historischen Institute unserer Universität untersagt, künftig die Räumlichkeiten der Institute zu betreten. Auf einer Versammlung am vergangenen Freitag, die sich durch eine körperliche revolutionäre Atmosphäre auszeichnete, versuchte Kleimert seine Provokationen fortzusetzen. Die Versammlungsteilnehmer besaßen ein Disziplinärverfahren gegen Kleimert, das das Ziel haben müßte, ihn der Universität zu verweisen.

Ausstellung von Flugschriften

Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution wurde in der Universitätsbibliothek eine Vitrinenausstellung eröffnet, die vor allem der literarischen Widerspiegelung der Oktoberrevolution in dem Deutschland der zwanziger Jahre gewidmet ist.

Es wurde dabei besonderer Wert auf die Flugschriftenliteratur jener Zeit gelegt, die ein eindrucksvolles Bild von der aufrüttelnden Wirkung der Oktoberrevolution und dem anschließenden Aufbau des Sowjetstaates auf die fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes vermittelt.

Die Universitäts-Parteilitung stimmte dem Ausscheiden der Genossen Gisela Riedel und Prof. Dr. Walter Bärtele wegen Wegzugs von Leipzig zu und dankt ihnen für ihre Mitarbeit. An ihrer Stelle wurden die Genossen Heinz Krause, Wifa, und Prof. Dr. Harig, Math.-nat., in die Leitung kooptiert.

Gegen den Gesinnungsterror reaktionärer kirchlicher Würdenträger in der DDR protestieren die Genossen des Instituts für Ausländerstudium. Sie forderten, daß die Leitung der Evangelischen Kirche zu den Ereignissen Stellung nimmt.

Ein Brief wurde Anlaß zur gründlichen Beratung

Erklärung der Parteileitung der Grundorganisation Psychologen

Am 21. 8. 1957 richtete die Abteilung Wissenschaft des Zentralkomitees der SED einen Brief an unsere Grundorganisation, in dem sie uns auf ernsthafte Mängel in der Arbeit der Psychologen aufmerksam machte, die der Entwicklung einer marxistischen Psychologie hinderlich sind. Das wurde am Beispiel einer Veröffentlichung des Genossen Dr. H. Kulka (Wissenschaftliche Zeitschrift 6, S. 123) nachgewiesen.

Die Grundorganisation, vor allem aber die Parteileitung faßte diesen Brief zu nächst jedoch nicht vorwiegend als eine Hilfe im Kampf zur sozialistischen Umgestaltung der Universität auf, so wie er gemeint war, sondern sah darin im wesentlichen ein Einmischen übergeordneter Parteiglieder in die wissenschaftliche Arbeit unseres Instituts. Erst nach eingehender Aussprache und mit Hilfe der Vertreter der Universitätsparteilitung wurde uns klar, daß unsere Haltung zu diesem Brief und unsere ersten eingeleiteten Maßnahmen (vgl. Artikel von Gen. Draeger in UZ vom 29. 10. 1957) faktisch einem Verstoß gegen die Parteidisziplin gleichkamen, die ihre Ursache in einer falschen Einstellung zu übergeordneten Leitungen, in mangelhaftem Vertrauen zur Partei hatten. Die Grundorganisation hatte sich in den zwei Jahren ihres Bestehens vorwiegend und erfolgreich auf die massenpolitische Arbeit am Institut konzentriert und dabei die ideologische und wissenschaftliche Auseinandersetzung vernachlässigt. Nach der im Artikel von Genossen Draeger angeführten Aussprache setzte sich die Parteileitung deshalb zu einer gründlichen Beratung über die gegenwärtige Lage und die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Parteiarbeit auf ideologischem und wissen-

schaftlichem Gebiet zusammen. Dabei gelangte sie auch zu einer einheitlichen Stellungnahme zum Brief des Zentralkomitees und betonte darin ausdrücklich:

„Diese Ausführungen weisen also be rechtigt auf einen vielfach vorkommenden Mangel in Vordiplomarbeiten, Diplomarbeiten, Dissertationen und sonstigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Psychologen hin: eine ungenügende Orientierung auf das Neue, das sich durch die grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR allmählich auch in dem Bewußtsein der Menschen abzeichnet. Bei einer marxistischen Psychologie, die auf der Grundlage des historischen und dialektischen Materialismus arbeitet, muß immer wieder besonderer Wert auf die Beachtung und Erforschung dieses Neuen gelegt werden...“

Die Parteilichkeit in der Wissenschaft erfordert von uns Marxisten ein offenes Bekenntnis zum gesellschaftlichen Fortschritt, zum Aufbau des Sozialismus in unserer DDR, zum Marxismus-Leninismus. Es ist eine uns allen geläufige theoretische Auffassung des Marxismus-Leninismus, daß es keine Stellung zwischen den Fronten gibt, sondern nur ein Eintreten für den Fortschritt oder für die Reaktion... Das Wissen um diesen theoretischen Grundsatz unserer Partei genügt aber nicht, sondern es ständige Bemühen jedes einzelnen Genossen um seine Anwendung ist eine Forderung, die sich bereits aus dem Statut unserer Partei ergibt.“

(Aus dem aus der Stellungnahme der Parteileitung vor der Mitgliederversammlung am 30. 10. 1957.)

Die Parteileitung stimmte auch der Auffassung der Genossen des Zentralkomitees zu, daß es sich bei diesen Erscheinungen in der Arbeit des Genossen Dr. Kulka nicht um eine Einzelersei-

nung gerade dieser Arbeit handelt, sondern um einen Grundmangel vieler Arbeiten der Psychologen der Deutschen Demokratischen Republik. Die Grundorganisation beschäftigte sich am 30. 10. 1957 auf der Grundlage dieser Stellungnahme mit dem im ZK-Brief kritisierten Mängeln unserer Arbeit. Es gelang, in sachlicher und ernsthafter Auseinandersetzung die Hauptforderungen der Partei an die wissenschaftliche Arbeit der Genossen allen Mitgliedern und Kandidaten der Parteiorganisation klarzumachen.

1. Grundlage jeder wissenschaftlichen Arbeit muß der Marxismus-Leninismus in schärfster Anwendung auf die fachspezifischen Probleme sein.
2. Ausgangspunkt jeder wissenschaftlichen Untersuchung darf nur die offene und uneingeschränkte Parteilichkeit für die Arbeiterklasse und für den Sozialismus sein.
3. Idealistische, opportunistische und revisionistische Tendenzen in der wissenschaftlichen Arbeit dürfen nicht zugelassen werden.
4. Die Praxisverbundenheit unserer Arbeit muß für jeden Genossen zur Selbstverständlichkeit werden.
5. Vordringlich werden von den Genossen solche wissenschaftliche Spezialprobleme untersucht, die dem Neuen, sich entwickelnden in der sozialistischen Praxis zum schnelleren Durchbruch verhelfen.

Diese Hauptforderungen dienen als Grundlage für die von der Versammlung einstimmig beschlossenen Entschlüsse, in der auch konkrete organisatorische und kaderpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der ideologischen und wissenschaftlichen Arbeit am Institut enthalten waren.

Mit dieser Mitgliederversammlung wurde die Grundlage für eine weitere parteigemäße Auseinandersetzung am

Institut geschaffen. Diese führte unsere Parteiorganisation in der darauffolgenden Mitgliederversammlung am 4. November fort. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Diskussion in dieser Versammlung war die persönliche Stellung der Genossen zur Partei und deren Leitungen. Die Aussprache war erfolgreich und zeigte in der Selbstkritik einiger Genossen, daß bisher noch nicht alle Mitglieder und Kandidaten unserer Parteiorganisation das richtige Verhältnis zur Partei hatten. Die offene und kameradschaftliche Atmosphäre und der Erfolg dieser Parteiversammlung bewiesen uns, daß der Brief des Zentralkomitees uns nicht nur in der wissenschaftlichen Arbeit vorwärts hilft, sondern auch das ganz persönliche Verhältnis jedes einzelnen Genossen zur Partei klärt. Für uns ist das ein erneuter Beweis, daß die persönliche politische Haltung nicht von der wissenschaftlichen Arbeit zu trennen ist.

Das war nur der Beginn eines neuen Weges unserer Parteiorganisation, zur sozialistischen Umgestaltung unseres Instituts. Große Aufgaben stehen uns noch bevor. Längst sind nicht alle Probleme gelöst, noch stehen fachspezifische Fragen einer marxistischen Grundlegung der Psychologie offen. Der Kampf des einzelnen Genossen um wirklich marxistische, echt parteiliche Arbeit ist ein steter Kampf und kann nur im Kollektiv aller Genossen Psychologen gelöst werden. Wir sind der Überzeugung, daß es uns auf diese Weise gelingen wird, auch die parteilosen Wissenschaftler und Studenten für die sozialistische Umgestaltung unseres Instituts zu gewinnen, denn ein klarer und unmißverständlicher Standpunkt ist noch immer der beste Ausgangspunkt.

Parteilitung der GO Psychologen

Zweitausend auf den Zuckerrübenfeldern

Wo bleiben die Wissenschaftler der Wifa? - Arbeitsverpflichtung der Journalisten beispielhaft

Wie in jedem Jahr packen Studenten und Wissenschaftler unserer Universität kräftig mit an, um die Hackfrüchtereite einzubringen. Mehr als 2100 Universitätsangehörige arbeiteten am 20. November auf den Zuckerrübenfeldern des Bezirkes Leipzig. Durch ihren vorbildlichen Einsatz konnten Tausende Zentner Zuckerrüben geerntet werden. Die Studenten der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät warteten am Mittwochmorgen vergeblich auf die Wissenschaftler der Institute für Politische Ökonomie

und Industriewirtschaft. Sie stellten mit Recht fest, daß es nicht genügt, über den sozialistischen Aufbau zu reden und zu schreiben, sondern daß die gemeinsame Sache die gute Tat eines jeden braucht.

Wie wir weiter erfahren, beteiligten sich vom Slavischen Institut einige Wissenschaftler, aber nur ein einziger Student am Einsatz, zu dem alle Angehörigen unserer Universität aufgerufen waren.

Unser Ke-Korrespondent informierte

uns über den großen Arbeitseifer der Wissenschaftler und Studenten der Journalistischen Fakultät. Jeden Sonntag fahren 35 Fakultätsangehörige zu einem Einsatz im Braunkohlenwerk Großschönau und führen Gleisarbeiten aus, zu denen sonst Kollegen des Werkes von wichtigeren Arbeiten abgezogen werden müßten. Am 31. Oktober halfen 54 Wissenschaftler und Studenten der Patent-LPG Zschortau bei der Zuckerrüben-ernte, wobei sich die Assistenten besonders hervortaten.

Gesundheitsschutz nicht vernachlässigen

Von Dr. med. Heinz Kleinbaum

In der Entschlußung der Konferenz des Bundesvorstandes des FDGB vom 15. Juni 1956 wurde gefordert, daß die Betriebsärzte und ihre Mitarbeiter (Schwestern usw.) eine planmäßig festgelegte Zeit ihrer Tätigkeit der Prophylaxe widmen sollen. Es wird auch ausdrücklich hervorgehoben, daß die „Dispensaire-Methode“ eine wesentliche Hilfe zur Hebung des Gesundheitszustandes der Werktätigen darstellt, die gleichzeitig die Einheit von Therapie und Prophylaxe bereist.

Was bedeutet das Wort „Dispensaire“? Im späten Mittelalter war es in Frankreich die Bezeichnung für die Armenapotheke. Wörtlich übersetzt heißt es „verteilen“. In diesen Apotheken wurden nämlich die Medikamente an die Armen kostenlos verteilt. Später entwickelten sich aus diesen Verteilungen kostenlose ärztliche Konsultationen. Bereits Ende des 16. Jahrhunderts wurde von Renaudot, einem Freunde Richelieus und Heinrichs IV., ein solches Dispensaire in Frankreich geschaffen. Unter Erweiterung des Begriffes wurde dieses Wort im Russischen übernommen.

Man versteht heute in der UdSSR unter der Dispensaire-Betreuung die kostenlose ärztliche Behandlung aller Bürger als gesellschaftliche Verpflichtung und den Übergang zu einer aktiveren Form ärztlicher Tätigkeit. Diese besteht darin, bestimmte Gruppen von Werktätigen nach dem Ausmaß ihrer beruflichen Gefährdung oder der Art ihrer schon bekannten Erkrankung zu erfassen und sie der für sie am zweckmäßigsten medizinischen Betreuung „zuzuteilen“. In der UdSSR hat sich diese Aktivität der ärztlichen Tätigkeit dahingehend entwickelt, daß der Arzt nicht nur in seinem Sprechzimmer auf seine Patienten wartet, sondern daß er nach dem Gefährdeten und den im Frühstadium Erkrankten sucht. Diese neue Form der Betreuung bezog sich zunächst auf Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, bösartige Geschwülste und die Beratungstellen für Mutter und Kind.

Es ist in unserer Republik nicht immer leicht gewesen, diese neue Art der Krankheitsvorbeugung populär zu machen und in die Tat umzusetzen. In vielen volkseigenen Produktionsbetrieben ist die Dispensaire-Methode inzwischen zur festen Grundlage der Prophylaxe geworden. Sie ist heute aus unserem Gesundheitswesen nicht mehr wegzudenken. Für unsere Verhältnisse an der Karl-Marx-Universität bedeutet das eine Aufgabe: nämlich die ersten Schritte

die mehr vorbereitender Natur sein müssen, zu tun, um auch bei uns eine vorwiegende medizinische Betreuung der Werktätigen zu entwickeln. Unsere Regierung stellt für die Erfüllung dieser Aufgaben große finanzielle Mittel zur Verfügung, die aber leider von verantwortlichen Staatsfunktionären nicht in angemessener Weise ausgenutzt wurden. Ohne diese Dinge im Detail erörtern zu wollen, ist es an der Zeit, öffentlich darauf hinzuweisen, daß der Verwaltungsdirektor der Karl-Marx-Universität, Dozent Dr. Landgraf, die Fragen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes der Werktätigen zu leicht nimmt, eine Taktik des permanenten Verzögerns an den Tag legt und obwohl er selbst Wirtschaftswissenschaftler ist und also die Bedeutung solcher Dinge vom ökonomischen her besser zu werten ist in der Lage sein müßte, als ich als Arzt es kann, über einen längeren Zeitraum die für das vorbeugende Gesundheitswesen zur Verfügung gestellten Beträge blockiert.

Mit einer derartigen Vernachlässigung ihrer Interessen können sich die Werktätigen der Universität keinesfalls zufrieden geben. Die Universitätsgewerkschaftsleitung ist mit Hilfe des Rates für Sozialversicherung und der zentralen Arbeitsschutzkommission zur Kontrolle der eingeleiteten Maßnahmen verpflichtet, und sie hat auch die Aufgabe, für eine restlose, zweckentsprechende Ausschöpfung der Mittel für den vorbeugenden Gesundheits-

schutz zu sorgen. Unser Ministerpräsident Otto Grotewohl erklärte auf der Konferenz des Bundesvorstandes des FDGB am 15. Juni 1956 in ähnlichem Zusammenhang: „Wer gibt einem Staats-, einem Verwaltungs- und Wirtschaftsangestellten das Recht, die Mittel, die ihnen in die Hand gegeben werden, um für die Gesundheit der Arbeiter zu sorgen, so nachlässig zu handhaben? Das kann man nicht erlauben. Ich denke, man muß anfangen, die dafür Verantwortlichen nach auch zur Rechenschaft zu ziehen.“

Man braucht sich nicht zu wundern, wenn bei einem solchen Verhalten des Verwaltungsdirektors bei den zuständigen Stellen der Planung der Eindruck entstände, daß bei uns im kommenden Jahr für das vorbeugende Gesundheitswesen Gelder nicht mehr in gleicher Höhe erforderlich wären, weil ja die im vergangenen Jahre zur Verfügung gestellten nicht angetastet wurden.

Es handelt sich aber nicht um eine Frage der Finanzen! Viel wichtiger ist die Bekämpfung der Leichtfertigkeit im Hinblick auf das inzwischen Versäumnis bei der gesundheitlichen Betreuung unserer Werktätigen. Eine Begründung, „daß durch die Urlaubzeit eine gewisse Verzögerung eingetreten sei“, die demnach also von Februar bis November dauern würde, entbehrt jeder Glaubwürdigkeit. Wir möchten daher an unseren Verwaltungsdirektor die sehr ernste Frage richten: Was gedenken Sie zu tun?

Aus dem Universitätsgeschehen

Die Kekulé-Medaille wurde Herrn Nationalpreisträger Prof. Dr. Wilhelm Treibs von der Chemischen Gesellschaft der DDR verliehen. Die Chemical Society, London, ernannte Prof. Treibs zum ordentlichen Mitglied.

Veisaren der Gewerkschaft Wissenschaft, die seit 40 bzw. 50 Jahren der Gewerkschaft angehören, wurden Ende Oktober im Haus der Wissenschaftler gefeiert. Unter den Ausgezeichneten befinden sich 17 Kollegen der Karl-Marx-Universität.

Die Schwimmmeisterschaften der Universität, die am 10. 11. stattfinden sollten, mußten wegen eines Länderkampfes der Gebiete DDR-Polen ausfallen. Sie finden voraussichtlich erst im März 1958 statt.

Schulungen für Gewerkschaftsfunktionäre der Universität finden vom 25. bis

30. 11. 1. bis 7. 12. und 9. bis 14. 12. in dem Erholungsheim „Lochmühle“, Längenaue statt.

In einer Erklärung verurteilte der Bezirksvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft am 13. 11. das Verhalten Prof. Dr. Desch, der sich in diskriminierender Weise gegen das Arbeiter- und Bauern-Studium aussprach. Unter den Teilnehmern der Tagung befanden sich unter anderem die Herren Professoren Dr. Thibbe, Dr. Löschke, Dr. Holzmüller und Dr. Markov.

Die Jahreshauptversammlung der FDJ-Grundeinheit Mathematisches Institut nahm eine Resolution an, in der strenge Bestrafung für das unmensliche Verhalten einiger Kirchenführer gefordert wird.

Eine Matinee mit archaischen Filmen findet am 1. Dezember, 11 Uhr, im Filmtheater „Capitol“ statt.

DEBATTE

Assistent Lothar Oppermann

Kann man denn solch einen Menschen in Frieden lassen? Nun, auf keinen Fall! Herr Dr. Schneider lehnt u. a. auch jede Form der sozialistischen Demokratie ab. Ja, wie kann er dann in einem sozialistischen Staat leben und mit an verantwortlicher Stelle sozialistischen Nachwuchs erziehen? Das ist doch paradox. Vor politischen Problemen verschließt er sich? Das rundet das Bild ab.

Man kann von keinem Menschen verlangen, daß er über Nacht ein überzeugter Marxist wird. Aber Herr Dr. Schneider hatte doch gewiß schon mehrere Jahre Zeit, sich mit Fragen des Marxismus, mit Problemen des sozialistischen Aufbaus zu beschäftigen. Er nimmt aber heute noch solch eine individualistische, der Arbeiter- und Bauern-Macht und dem Sozialismus abgeneigte Haltung ein, die man wohl kaum noch als loyal bezeichnen kann.

Was wird aus

Dr. Schneider?

Man sollte Herrn Dr. Schneider nicht in Frieden lassen, sondern ihm in verstärkter Maße Gelegenheit geben, sich am sozialistischen Aufbau zu beteiligen. Wenn sich dann nicht nach kurzer Zeit zeigen sollte, daß Herr Dr. Schneider seine Meinung geändert hat, daß er bewußt an der sozialistischen Entwicklung der Universität teilnimmt, ja, dann wird man ihm wohl über läßt empfehlen müssen, sich trotz seiner fachlichen Qualitäten nach einer anderen Wirkungsstätte umzusehen. An einer sozialistischen Universität ist dann kein Platz mehr für ihn.

Dr. Müller, Leipzig 05

Herr Dr. Schneider leistet, so meine ich, genug für unseren Staat, wenn er gute wissenschaftliche Arbeit vollbringt. Ja, vielleicht ist er ihm mehr von Nutzen, als so mancher, der zwar große Reden liebt, sonst aber wenig zu tun bereit ist. Nehmen Sie Herrn Dr. Schneider in Ihrem Interesse so wie er ist.

Dipl.-Forsting. Gerhard Melzer

Daß Herr Dr. Schneider bürgerlicher Herkunft und nicht Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei ist, sollte nicht maßgebend dafür sein, ob er bei der sozialistischen Umgestaltung der Karl-Marx-Universität weiter an ihr verbleiben kann oder nicht. Entscheidend ist, wie er sich heute zum sozialistischen Aufbau einstellt. Auch in der Sowjetunion sind Wissenschaftler bürgerlicher Abstammung an Hochschulen und Akademien tätig, die nicht der KPdSU angehören.

Sein reserviertes Verhalten zu kollektiven Forschungsarbeiten läßt erkennen, daß in allem rein persönliche Ehrgeiz die Triebfeder seiner Handlungsweise ist. Dr. Schneider müßte zu einer Aussprache über diese vielen Punkte veranlaßt werden, deren Ergebnis dann Klarheit bringen muß, ob er am sozialistischen Aufbau der Karl-Marx-Universität mitwirken gewillt ist.

Stud. phil. germ. Dieter Strützel

Von Dr. Schneider unterscheldet sich Herr Haufe allerdings nicht unwesentlich. Niemand wird ihm die fachliche Begabung absprechen, wenn er auch eine in der internationalen Germanistik bereits überwundene Untersuchungsmethode beibehält, die eine auch nur soziologische Betrachtungsweise, ganz zu schweigen von der marxistischen Literaturwissenschaft, bewußt ablehnt.

In den Novembertagen des vorigen Jahres, wo alles darauf ankam, dem wütenden Angriff der Gegner die moralisch-politische Einheit unserer Bevölkerung entgegenzusetzen, konstatierte er auf dem öffentlichen Forum der Jahreshauptversammlung der FDJ einen Vertrauensbruch bei den Studenten, für den er Maßnahmen der Partei, der FDJ und der Regierung verantwortlich machte. Von dem Mißbrauch des Vertrauens der Arbeiterklasse in die Studenten und Wissenschaftler, denen sie ihre Hochschule zur Verfügung stellt, durch die Schütrenhilfe für die Reaktion, wie er sie hier leistete und wie sie auch sonst noch an der Universität geschah, sprach er mit keinem Wort.

Unbekümmert und verantwortungslos begleitete Herr Haufe als wissenschaftlicher Betreuer eine Gruppe von Studenten, die auf Fahrlässigkeit hin nach Berlin gefahren war, bei „Abstechern“ nach West-Berlin. Bis heute sieht Herr Haufe nicht ein, wie er damit der politischen Zielsetzung der FDJ widersprach. Trotz langer Diskussionen erkennt er heute noch seine Handlungen nicht als das, was sie sind: schwerwiegende politische Fehler. Seine Unbelehrbarkeit in all diesen Fragen ermunert natürlich jene, die hier auch nicht sehen und hören wollen.

Ich bin der Meinung, daß Herr Haufe sich die Qualifikation für die Erziehung unserer neuen Studentengeneration selbst erwirkt hat. Und damit wieder zu Dr. Schneider. Wenn er politisch verantwortungslos handelt, wenn er sich dem Umwandlungsprozeß selbstgefällig verschließt, dann schließt er sich eben aus diesem Umwandlungsprozeß, das heißt aus unserer heutigen Hochschule aus.

Die hier wiedergegebenen Meinungen entsprechen nicht in jedem Falle unserer Auffassung. Wir bitten um weitere Diskussionsbeiträge zu diesem Thema. Die Redaktion